

<b>Protokoll:</b>	<b>Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	71
		<b>TOP:</b>	3
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	206/2018
		<b>GZ:</b>	OB 0141-01
<b>Sitzungstermin:</b>	03.05.2018		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	OB Kuhn		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Stuttgart unterstützt die Mustererklärung des Deutschen Städtetages zur 'Agenda 2030' der Vereinten Nationen (VN)</b>		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 02.05.2018, öffentlich, Nr. 161

Ergebnis: mehrheitliche Zustimmung bei 16 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 05.04.2018, GRDs 206/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

Die Stadt Stuttgart schließt sich der Mustererklärung "2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas gemäß Anlage an.

OB Kuhn weist darauf hin, dass im Ältestenrat vereinbart worden sei, auf eine Aussprache im Gemeinderat zu verzichten.

Dennoch meldet sich StR Dr. Fiechtner (BZS23) zu Wort. Er fordert den Gemeinderat auf, diese Resolution abzulehnen. Er begründet dies zum einen damit, dass in den Vereinten Nationen nur vereinzelt "wirkliche Staaten, für die die Freiheit des Individuums, der Bürger tatsächlich im Zentrum des politischen Handelns" stehe, vertreten seien. Und zum anderen sei diese Agenda "ein Sammelsurium ... von gutmenschlichen Posi-

tionierungen, die letztlich den Geist der Bevormundung, des Paternalismus, der Kollektivierung" atme.

StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE) weist diese Darstellung mit Vehemenz zurück. 192 Länder hätten diese Resolution unterschrieben, in der 17 Ziele - u. a. die Begrenzung von Armut und Hunger, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, hohe Bildung, Partnerschaft für den Frieden - formuliert seien. Ihre Fraktion stimme dieser Resolution gerne zu.

OB Kuhn stellt abschließend fest:

Der Gemeinderat beschließt bei 4 Nein-Stimmen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

## Verteiler:

- I. L/OB  
zur Weiterbehandlung  
L/OB-Int
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Stadtkämmerei (2)
  4. Rechnungsprüfungsamt
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. Die STAdTISTEN
  9. AfD
  10. LKR